

FDP zum Sparpaket "Osterei" der Verwaltung: Richtig sparen statt Steuern erhöhen!

Die FDP vermisst bei den Sparvorschlägen "den Willen der Verwaltung, bei ihren eigenen Ausgaben zu kürzen". Die von der Verwaltungsspitze "angedachten" Steuererhöhungen lehnt die FDP ab. Andere Vorschläge sehen die Liberalen positiv.

"Altersbedingt werden in den nächsten zwanzig Jahren sechzig Prozent des städtischen Personals, d.h. 1.800 Mitarbeiter, ausscheiden. Dieser Prozess sollte dazu genutzt werden, um ohne Kündigungen die Personalkosten deutlich zurückzuführen und damit den Haushalt von konsumtiven Ausgaben zu entlasten", fordert FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.

Von den in Erwägung gezogenen Steuererhöhungen sieht die FDP-Fraktion ab: "Die Gewerbesteuer von 440 auf 479 Punkte zu erhöhen, würde Krefeld als Standort von Unternehmen unattraktiv machen und im Übrigen den Abbau vor allem industrieller Arbeitsplätze rasant beschleunigen. Die Folge wären auf Sicht geringere Gewerbesteuereinnahmen und sehr schnell höhere soziale Transferkosten!" Eine Erhöhung der Grundsteuer - Vorschlag der Verwaltung von 475 auf 532 Punkte - würde nach Ansicht der FDP die Möglichkeiten der Hauseigentümer, in ihre Immobilien z.B. energieeinsparend zu investieren, drastisch reduzieren:

"Gerade in den kritischen Krefelder Wohngebieten, also insbesondere in der Innenstadt, wird es den Hausbesitzern nicht möglich sein, die Erhöhung 1 zu 1 auf die Mieter umzulegen, da wir dort einen Mietermarkt haben."

Positiv bewertet die FDP-Fraktion Überlegungen der Verwaltung, sich von städtischem Vermögen und Beteiligungen zu trennen:

"Wir sagen Ja zu einer Reduzierung von Schul- und Bezirkssportanlagen, wenn dies auf der Grundlage eines Schul- bzw. Sportentwicklungsplanes geschieht und sichergestellt ist, dass verbleibende Standorte vernünftig ausgestattet werden.

Wir sagen Ja zum Verkauf städtischer Beteiligungen z.B. an der Wohnstätte, aber auch an den Städtischen Werken. Wir sagen Ja zum Verkauf von städtischen Immobilien wie Wohnhäusern und gewerblich genutzten Immobilien."